

ROMA IN DEUTSCHLAND

Nicht in Lagern, aber in großer Armut

Sarkozy irrt: In Deutschland gibt es derzeit keine Roma-Lager. Aber viele Zuwanderer aus Osteuropa müssen auch hierzulande in ärmlichsten Verhältnissen zurechtkommen.

VON Lisa Caspari | 17. September 2010 - 20:11 Uhr

© ROBERT GHEMENT /dpa



Musizierende Roma in Bukarest - In Deutschland leben viele rumänische Roma Armut

In Berlin gehören sie zur traurigen Seite des Stadtbildes: Junge Menschen, die an Ampeln von Ausfallstraßen die Fenster der wartenden Autos putzen, um sich ein bisschen Kleingeld zu verdienen. Viele von ihnen sind, wie Sozialarbeiter beobachtet haben, Roma aus den EU-Beitrittsländern Rumänien und Bulgarien. Sie lebten in Südosteuropa in ärmlichsten Verhältnissen, wurden sozial geächtet, waren Opfer von Übergriffen. Die EU-Osterweiterung und die damit verbundene Freizügigkeit haben sie als Chance auf ein besseres Leben in Deutschland begriffen. Oder als Möglichkeit für einen vorübergehenden Zeitraum hier zu arbeiten. Aber die Erwartungen haben sich nicht bestätigt.

Seit 600 Jahren sind Roma in Deutschland angesiedelt. Sie sind eine anerkannte nationale Minderheit. Heute haben 70.000 von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft. Hinzu kommen zugezogene Angehörige der Roma aus Ländern wie der Türkei, Jugoslawien, Griechenland oder eben Rumänien und Bulgarien. Die überwiegende Mehrheit ist gut integriert. "Sie leben hier als Arbeiter, Angestellte und Akademiker – wie jeder andere auch", sagt der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose. Und dennoch sind Roma vielen Vorurteilen ausgesetzt. So bestätigt eine Umfrage, dass die Mehrheit der Deutschen keine Roma als Nachbarn haben will. Beispielsweise verfolgt sie seit Jahrzehnten das Vorurteil, kriminell zu sein – wie auch die aktuelle Diskussion in Frankreich zeigt.

Sozialarbeiter verweisen jedoch auch auf die prekäre Lage derjenigen, die in den vergangenen Monaten und Jahren aus Südosteuropa nach Deutschland kamen. Wie viele Roma seit der EU-Osterweiterung nach Deutschland gekommen sind, ist schwer bezifferbar. In Berlin kümmert sich die Mobile Beratungsstelle für Roma um zugezogene Angehörige der Minderheit. Von illegalen "Roma-Lagern", wie Sarkozy sie derzeit in Frankreich räumen lässt und wie der französische Präsident sie auch in Deutschland wähnt, ist der Mitinitiatorin Bosiljka Schedlich zwar nichts bekannt. "Nein, das gibt es in Berlin nicht", sagt sie.

Dennoch sei die Wohnsituation vieler kürzlich zugezogener Roma aus Südosteuropa prekär. "Es gibt deutsche Firmen, die sich darauf spezialisieren, unzumutbare Wohnungen für teures Geld an Roma aus Osteuropa zu vermieten", sagt Schedlich. Die Zugewanderten schliefen dort teilweise mit 20 bis 40 Mann, weil sie sich eine eigene Wohnung nicht leisten könnten. Das führt zu Streit mit den Nachbarn, zu weiterer Ausgrenzung.

Oftmals seien die Betroffenen außerdem wenig gebildet, weil sie aus ländlichen Regionen stammten. Das würden Kriminelle ausnutzen, erzählt Schedlich, die auch Geschäftsführerin des Vereins Südost Europa Kultur ist. "Falsche Freunde lassen sie Geschäftspapiere unterschreiben, die sie nicht lesen können", berichtet sie aus ihren Erfahrungen. So machten sich die Zugewanderten haftbar für kriminelle Machenschaften, mit denen sie nichts zu tun hätten oder von denen sie nicht wüssten. "Viele der Roma, die zu uns in die Beratungsstelle kommen sind bereits hoch verschuldet."

Im vergangenen Jahr wurden in Berlin mehrere obdachlose Roma vorübergehend in einem Asylbewerberheim untergebracht, weil man schlicht nicht wusste, wohin mit ihnen. Zuvor hatten die Familien Zeitungsberichten zufolge mehrere Nächte im Park übernachtet. Auch heute noch campieren manche Roma-Familien nach ihrer Ankunft zunächst in Berliner Parks, weil sie einfach keine andere Möglichkeit haben, wie Sozialarbeiter erzählen. Doch seien dies Einzelfälle – von "Lagern" könne man nicht sprechen.

Auch der Berliner Integrationsbeauftragte Günter Piening weiß um die Probleme der zugezogenen Roma aus Südosteuropa. "Bulgaren und Rumänen haben bislang nur einen eingeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt", sagt der Integrationsbeauftragte. Noch bis Ende 2011 gilt eine Vorrangregelung, wonach deutsche Arbeitnehmer bei Bewerbungen um einen Job bevorzugt werden. So sind die Roma, die noch dazu schlechter gebildet sind, praktisch chancenlos, auf legalem Weg einen Job zu finden. "Das ist eine Konfliktlage, die da ist und die man nicht wegleugnen kann", sagt Piening. Er kann die zugezogenen Roma aus Südosteuropa verstehen. "In einer EU, in der die Reichtumsunterschiede so gewaltig sind, werden wir mit diesen Zuwanderern umgehen müssen", sagt er.

Auch in Frankfurt am Main leben seit der EU-Osterweiterung viele zugewanderte Roma in Armut. Der Geschäftsführer des örtlichen Fördervereins Roma e.V., Joachim Brenner, kennt viele Geschichten von heruntergekommenen Wohnungen. So würden teilweise

Gartenlauben teuer als Wohnraum vermietet. Vor anderthalb Jahren hätten sich obdachlose Roma auf einem unbesiedelten Platz vor den Toren der Stadt angesiedelt, erzählt er: "Die Menschen hatten sich dort Hütten gebaut, weil sie kein Geld für die Miete hatten. Alles war sehr notdürftig, eher so wie man sich das in Favelas oder Townships vorstellt", sagt er. Die Stadt habe das Lager aufgelöst.

Brenner will nicht ausschließen, dass künftig in einer Großstadt wieder eine solche illegale Siedlung entsteht. Vieles bekomme der Normalbürger doch gar nicht mit, sagt er. Gerade Roma, denen es schlecht ginge, versuchten, sich unauffällig zu verhalten, um keine Probleme mit den Behörden zu bekommen.

Abschiebung droht den Roma aus Bulgarien und Rumänien nicht. Als EU-Bürger sind sie davor geschützt. Sozialarbeiter kritisieren jedoch, dass Deutschland ein Rückführungsabkommen mit dem Kosovo geschlossen hat. Davon sind auch viele Roma betroffen, die vor einigen Jahren als Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland kamen und keine feste Aufenthaltsgenehmigung haben. Sie sind zumeist gut integriert in Deutschland, ihre Kinder sind hier aufgewachsen, gehen zur Schule, sprechen meist sehr gut Deutsch. Doch weil sich die Situation im Kosovo aus Sicht der Behörden stabilisiert hat, sollen die Familien dorthin zurückkehren. 12.000 Flüchtlinge sind nach Angaben des Innenministeriums betroffen, darunter viele Roma.

102 Angehörige der Kosovo-Roma wurden bereits in den ersten sechs Monaten dieses Jahres abgeschoben. Das alarmiert Flüchtlingsorganisationen, denn nach Angaben von Unicef sind die Hälfte davon Kinder. "Wir haben an den Bundesinnenminister appelliert, die Abschiebungen auszusetzen. Was uns Hoffnung gibt ist, dass es bisher erst vereinzelte Fälle gab, in denen Roma in den Kosovo zurückreisen müssen", sagt auch der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Rose.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/roma-in-deutschland>